

Immissionsschutz als politischer Spielball

Danninger kritisiert: Landesrat Anschöber verbannt Lkw von der Autobahn und belastet damit regionale Wirtschaft und Anrainer

„Das von Landesrat Anschöber ab Juli zwischen der Anschlussstelle Enns und dem Knoten Haid auf der A 1 West-Autobahn erlassene Fahrverbot für ältere Lkw ist sachlich nicht gerechtfertigt, trifft primär kleine und mittlere Unternehmen aus der Region und verlagert den Verkehr von der Autobahn ins Ortsstraßennetz“, zeigt sich der öö. Transporteure-Obmann Franz Danninger von der Vorgangsweise des politisch verantwortlichen Landesrates enttäuscht. „Als sach- und fachkundige Vertreter für das Transportwesen hätten wir gerne die zahlreichen fachlichen Bedenken gegen die jetzt erlassene Regelung dargelegt. Leider hat Landesrat Anschöber wiederholt vereinbarte Vorsprachetermine kurzfristig abgesagt und die Verordnung dann völlig im Alleingang erlassen. Wir müssen das leider zur Kenntnis nehmen, waren bisher aber seitens des Landes Oberösterreich eine demokratische Kultur des Gesprächs gewohnt und hoffen daher, dass bis Juli in dieser Sache noch nachjustiert wird. Das Thema Immissionsschutz und Transport darf auch in einem Wahljahr nicht zur politischen Bühne verkommen. Andernfalls bleibt uns nur der Rechtsweg, den wir nötigenfalls aber restlos ausschöpfen werden“, betont Danninger.

Lkw-Fahrverbot auf Autobahn ist unsachlich und politisch motiviert

Abgesehen davon, dass die Messdaten, die in dieser Region eine Überschreitung der Immissionsgrenzwerte darlegen sollen, wegen nachweislich falscher Positionierung des Messgeräts unbrauchbar sind, ist auch die Wahl der Maßnahme ungerechtfertigt. So ist nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auch bei Handlungsbedarf aus dem Titel Immissionsschutz als gelindeste Maßnahme die Geschwindigkeitsbeschränkung für alle Verkehrsteilnehmer anerkannt. In diesem Sinne wäre eine Umwandlung des derzeit temporären Luft-HunderTERS für Pkw in eine permanente Maßnahme noch naheliegender. „Warum Landesrat Anschöber diese Maßnahme, mit der er sich bei Pkw-Lenkern gewiss keine Freunde gemacht hätte, in einem Wahljahr nicht ergriffen hat, liegt wohl auf der Hand“, so Danninger.

Lkw-Fahrverbot begünstigt Transit gegenüber regionalem Versorgungsverkehr

Während der Transit internationaler Fernverkehrsflotten kaum bis gar nicht von der Maßnahme betroffen sein wird, trifft es manche Transportunternehmen und vor allem den firmeneigenen Werksverkehr vieler produzierender sowie Handelsbetriebe der klein- und mittelbetrieblich strukturierten regionalen Wirtschaft arg. In der Regel werden Spezialfahrzeuge mit kostenintensiven Aufbauten, die wenig Kilometerleistung haben und dafür eine längere Nutzungsdauer brauchen, betroffen. Die von Anschöber angekündigte Ausnahme für Fahrzeug mit Aufbauten, die teurer als 100.000 Euro sind, ist viel zu eng. „Im Transportwesen ist das Geld noch nicht abge-

schaft, für uns sind übliche Kosten in Höhe von 50.000 bis 60.000 Euro etwa für Kranaufbauten eine Menge Geld“, artikuliert Danninger die Sorgen und das Unverständnis betroffener Unternehmen, die in einer wirtschaftlich nicht einfachen Zeit nicht beliebig Geld für neue Investitionen aus dem Ärmel schütteln können.

Fehlende Förderung

Dies umso weniger als es – anders als in anderen Bundesländern, wo vergleichbare Maßnahmen gesetzt wurden – in Oberösterreich keinerlei Investitionsförderung für die Anschaffung modernster Euro6-Lkw gibt. So gibt es im Bundesland Tirol etwa bis zu 15.000 Euro Förderung bei Neuanschaffung eines immissionsarmen Fahrzeuges, in Oberösterreich derzeit Null. „Anschöber hat zwar ein Verbot erlassen, bleibt Lösungswege für die Betroffenen aber gänzlich schuldig“, kritisiert Danninger auch die mangelnde Glaubwürdigkeit einer derartigen Politik. „Mit der Ankündigung des Fahrverbots für Lkw wird billiger Aktionismus betrieben, der die Betroffenen ab Juli teuer zu stehen kommen wird“, äußert Danninger den Zorn der Wirtschaft über diese überfallsartige Vorgangsweise.

Verkehrsverlagerung ins Orts- und Wohngebiet

Aber nicht nur die Wirtschaft ist von dieser Maßnahme negativ betroffen, sondern im Besonderen auch die Anrainer der Region. Da Landesrat Anschöber diese Fahrzeuge nun von der Autobahn verbannt, werden sich notwendige Fahrten ins niederrangige Straßennetz durch Orts- und Wohngebiete verlagern. „Ich bitte die betroffenen Bürger schon heute, ihren berechtigten Unmut dagegen an die richtige Adresse des ‚Umwelt-Landesrates‘ zu adressieren und diesen nicht auf der Wirtschaft abzuladen“, betont Danninger. ■